



## Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

### **Stromversorgung für die Zukunft sichern – Möglichkeiten für stationäre Großbatteriespeicher in Bayern prüfen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Energiewende mit Nachdruck vorangetrieben werden muss, um schnellstmöglich die Importabhängigkeit zu reduzieren. Der Landtag unterstreicht, dass hierfür neben dem massiven Ausbau von erneuerbaren Energien und dem Netzausbau auch ein deutlicher Ausbau von Speicherkapazitäten notwendig ist.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, inwiefern sie den Ausbau von Speicherkapazitäten vorantreibt und welche Rolle Großbatteriespeicher im Gesamtkonzept der Staatsregierung spielen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen,

- welche Flächen im Freistaat sich sinnvollerweise für die Errichtung von stationären Großbatteriespeichern anbieten würden,
- welche gesetzlichen Grundlagen und baurechtlichen Vorschriften im Freistaat zur Errichtung stationärer Großbatteriespeicher änderungsbedürftig wären,
- welche Speicherkapazitäten an welchen Standorten jeweils möglich wären,
- unter welchen gesetzlichen Voraussetzungen sie selbst als Erbauer und Betreiber solcher stationären Großbatteriespeicher in Erscheinung treten kann,
- welche Anreize die Staatsregierung schaffen kann, um die Errichtung und das Betreiben von stationären Großbatteriespeicher durch Dritte zu fördern.

Die Ergebnisse sollen dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung vorgestellt werden.

### **Begründung:**

Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (Fraunhofer ISE) hat in einer kurzen Vorstudie „Batteriespeicher an ehemaligen Kraftwerksstandorten“ eine Aussage zu möglichen systemdienlichen Großbatteriespeichern getroffen. Als Standorte für diese wurden grundsätzlich ehemalige und aktuelle Gelände von Großkraftwerken in ganz Deutschland in Betracht gezogen. Von dieser Annahme ausgehend, kämen für die Errichtung von stationären Großbatteriespeichern in Bayern vornehmlich die Flächen ehemaliger und aktueller Atomkraftwerke in Frage. Im Rahmen der Vorstudie wurde auf Grundlage von öffentlich zugänglichen Karten insgesamt eine Fläche von ca. 82 ha in Bayern ermittelt, die zur Errichtung von stationären Batteriegroßspeichern zur Verfügung stünden.

Ein Vorteil, den diese Flächen bieten, ist natürlich eine bereits vorhandene und stabile Anbindung an das Übertragungsnetz. Darüber hinaus hat der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Entwicklungen der letzten Monate deutlich gemacht, wie angreifbar die Stromversorgung in Bayern ist. Galten bisher Gaskraftwerke als schnell zuschaltbare Netzreserve zur Stromerzeugung, hat sich dies, aufgrund der weltpolitischen Entwicklungen, in den letzten Wochen relativiert. Die anfänglichen Investitionskosten für stationäre Großbatteriespeicher wären zwar sicherlich enorm. Sie stellen aber auf lange Sicht betrachtet die günstigere Alternative dar. Entweder in Form einer aktiven Teilnahme am Strommarkt oder als Netzreserve für Übertragungsnetzbetreiber. Der Vorteil hierbei ist unter anderem die niedrige Reaktionszeit von stationären Großspeichern, die sich im Millisekunden-Bereich befindet. Somit sind sie schnell zu- und abschaltbar und tragen damit gravierend zum einen zur Erhaltung der Netzspannung bei und zum anderen zur Netzentlastung z. B. bei Überproduktion. Des Weiteren besteht dadurch die Möglichkeit, den fehlenden Ausbau von notwendigen Stromtrassen teilweise zu kompensieren. Dies begünstigt in großem Maße den weiteren massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien, der mit oftmals fluktuierender Stromerzeugung einhergeht. Im Umkehrschluss wiederum kann so das Einspeisemanagement erheblich vereinfacht und Redispatch-Maßnahmen vermieden werden, die täglich Kosten in Millionenhöhe verursachen.

Daher wird die Staatsregierung aufgefordert, die Möglichkeiten für stationäre Großbatteriespeicher in Bayern konkreter auszuloten, u. a. mit Blick mögliche Flächen, auf machbare Speicherkapazitäten und damit verbundener Kosten im Zusammenhang mit Zubaumanagement, künftigen Bedarf (Wärme, Strom, Prozesswärme, Verkehr, Wasserstoffherzeugung) und möglicher Realisierungsvarianten (Staat als Betreiber, Fördermöglichkeiten für private Unternehmen als Betreiber, Investitionsanlagen für Bürgerinnen und Bürger im Rahmen von Bürgerenergiegesellschaften).